



SPD BERLIN  
LANDESPARTEITAG 01./02.06.2018

## Antrag 185/I/2018

### Beschluss

Annahme in der Fassung der Antragskommission  
Jusos LDK  
Der Landesparteitag möge beschließen:  
Der Bundesparteitag möge beschließen:

## Rechtschaffenheit kennt keine Altersgrenze – Lehren aus dem „Koblenzer Neo-Naziprozess“

### Um Prozessabbrüche vollständig zu vermeiden, fordern wir:

1. Eine deutliche Verbesserung der personellen Ausstattung der Gerichte – nicht nur in der Strafgerichtsbarkeit. Dazu gehört die Schaffung zusätzlicher Richter\*innenstellen, aber auch zusätzliches Personal in den Geschäftsstellen. Die Hinzuziehung einer Ergänzungsrichterin oder eines Ergänzungsrichters darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil gerade keine personellen Kapazitäten dafür vorhanden sind.
2. Eine Änderung des § 192 GVG. Bisher heißt es dort, dass Ergänzungsrichter\*innen bei Verhandlungen längerer Dauer hinzugezogen werden **können**. Der Wortlaut soll zukünftig lauten: „Unter Berücksichtigung der Zahl der Angeklagten und des Umfangs einer Sache **sollen** Ergänzungsrichter[\*innen] bestellt werden“.
3. Der Landesgesetzgeber soll darüber hinaus prüfen, ob § 3 des Berliner Richtergesetzes um eine Ausnahmeregelung ergänzt werden kann, die Richter\*innen in bestimmten Fällen ein Hinausschieben ihrer Pensionierung ermöglicht, ohne das Recht auf den gesetzlichen Richter anzutasten. Es muss sichergestellt sein, dass die Justizverwaltung, welche über die Verlängerung zu entscheiden hat, den Vorgang nicht dazu nutzen kann, die Besetzung eines Spruchkörpers zu beeinflussen.

Rest wird Begründung